

WIRTSCHAFT

Auswege aus der Vorsorgefalle

Eine neue Stiftung stellt im Vergleich zu den Lebensversicherern **deutlich höhere Renten** in Aussicht

Die Prämien steigen, die Renten sinken: Diese Botschaft aus dem Vorsorgegeschäft der Lebensversicherer hat viele Betriebe aufgeschreckt. Für verärgerte Kunden bahnen sich jetzt neue Alternativen an.

HANSUELI SCHÖCHLI

Die Schweizer Versicherer haben für eine Menge Ärger gesorgt. Ärger zuerst für die Aktionäre mit Milliardenverlusten nach dem Börsensturz, und Ärger danach bei Firmenkunden im Vorsorgegeschäft mit der Antwort auf diese Verluste – einer Antwort in Form massiver Senkung der Leistungen und Erhöhung der Beiträge.

Die drei Grossen im Schweizer BVG-Geschäft (Winterthur, Rentenanstalt und Zürich) decken rund drei Viertel des Markts ab. Ihre Botschaft diesen Sommer:

• Wegen der gestiegenen Lebenserwartung sinkt der Umwandlungssatz im überobligatorischen Teil von 7,2 auf 5,4 bis 5,8 Prozent. Das heisst pro 1000 Franken Alterskapital gibts jährlich nur noch eine Rente von 54 bis 58 statt 72 Franken. Je nach Anteil des Überobligatoriums drohen damit Rentenkürzungen von 5 bis 10 Prozent.

• Wegen stark gesteigener Invaliditätsraten erhöhen sich die Beiträge für dieses Risiko massiv – bei der Winterthur um durchschnittlich 30 Prozent.

Erste konkrete Antwort

Der Aufschrei war gross. «Rentenschock», «Verstoss gegen Treu und Glauben» und ähnliches war zu vernehmen. Funktioniert der Markt, müsste es Konkurrenzangebote geben. Die Eintrittsbarrieren für neue Anbieter sind allerdings ziemlich hoch: Es braucht viel Vertrauenskapital und Sachkenntnis, zudem können Versicherer den Wechsel durch Kürzung des Alterskapitals erschweren.

Für geplagte Klein- und Mittelbetriebe (KMU) gibt es nun eine neue Alternative – Transparenta. Das ist der Name der Sammelstiftung, welche eine Gruppe von BVG- und Anlageexperten in Aesch (Baselland) gegründet hat. Treibende Kraft ist der bekannte Pensionskassenexperte Martin



Die Versicherer und die Bundesaufsichtsbehörden BPV und BSV stehen in der Kritik.

KEY

Wechsler, der als Stiftungsratspräsident amtiert. Die neue Stiftung sei die erste konkrete Antwort auf den Rentenschok dieses Sommers, sagte Wechsler gestern vor der Presse in Basel: Viele KMU suchten jetzt nach einer Alternative zu den Lebensversicherern. Die neue Stiftung sei von der kantonalen Aufsicht bewilligt. Sie verspricht im Vergleich zu den grossen Versicherern mehr Transparenz und deutlich bessere Konditionen:

• Auf dem BVG-Teil gilt der gesetzliche Umwandlungssatz von 7,2 Prozent. Im überobligatorischen

Teil gilt 6,2 Prozent, sofern der Kunde keine Kapitalauszahlung will.

• Die Verwaltungs- und Betreuungskosten betragen total 290 Franken pro Versicherten und Jahr. Die Kollektivversicherer belasteten 2001 im Schnitt 577 Franken und sind seither meist noch teurer geworden. Das tiefe Kostenniveau will Transparenta unter anderem durch hohe Standardisierung («18 Vorsorgepläne vom BVG-Minimum bis zum gut ausgebauten Kaderplan») ermöglichen. Zudem nimmt die Stiftung vorderhand nur Betriebe mit mindestens sechs Beschäftig-

ten auf – kleinere Betriebe würden zusätzlich etwa 1000 Franken pro Versicherten und Jahr kosten.

• Die Risikobeiträge unterscheiden sich – je nach Branche und Schadenverlauf einer Firma – in fünf Kategorien, sollen im Schnitt aber deutlich günstiger sein als bei den Etablierten. Grossrisiken (geschätzt 10 Prozent des Volumens) werden rückversichert.

«7 bis 8 Prozent» höhere Renten

Unter dem Strich, so schätzt Martin Wechsler, könnte dies für ein typisches KMU die Renten ge-

genüber den Offerten der Lebensversicherer um 7 bis 8 Prozent steigern. Die Transparenta rechnet laut Wechsler mit den gleichen Lebenserwartungstafeln wie die grossen Versicherer. Doch Letztere hätten für einen Umwandlungssatz von 5,4 bis 5,8 Prozent höhere Reserven (die am Ende allerdings dem Kunden zugute kommen sollten), grössere Kosten und wegen Altlasten «wohl auch einen Sanierungsbeitrag» eingerechnet.

Die neue Stiftung hofft, bis zum nächsten Jahr 5000 Versicherte zu gewinnen. Dies würde etwa 40 Millionen Franken Jahresprämien, 500 Millionen Vorsorgekapital und einem Marktanteil bei den Sammelstiftungen von 0,3 Prozent entsprechen. Vorgesehen ist eine «konservative» Anlagepolitik: Aktienanteil um 20 Prozent (Beschränkung auf Indexwerte), Immobilienfonds um 15 Prozent, der Rest in Obligationen mit kurzen Laufzeiten.

Garantien gegen Leistungskürzungen kann auch die Transparenta nicht abgeben. «Wir kochen auch nur mit Wasser», betont Martin Wechsler: An den Realitäten der Finanzmärkte komme auch die neue Stiftung nicht vorbei. Zudem würden nicht alle interessierten KMU aufgenommen: «Wir können nicht zum Auffangbecken für schlechte Risiken werden.»

Es gibt noch andere Wege

Am Aufbau einer neuen Stiftung arbeitet derzeit auch die Zürcher Finanzberatungsfirma Ecofin. Ecofin-Vertreter Hansueli Edelman kann aber noch keine Details zu den Bedingungen nennen: So weit sei man noch nicht. Das konkrete Angebot soll laut Edelman etwa Mitte November auf den Markt kommen und ab 2004 gelten. Dieses Angebot kommt wohl etwas zu spät für jene Kunden der «Winterthur», die per Ende September ein ausserordentliches Kündigungsrecht erhalten haben.

Eine günstige Alternative böten in gewissen Branchen auch Gemeinschaftsstiftungen von Berufsverbänden, sagt Ernst Rätzer, Pensionskassenexperte der Beratungsfirma Aon Chuard in Bern. Für Firmen ab 250 bis 300 Mitarbeitern kann sich laut Rätzer auch ein anderer Weg lohnen: der Aufbau einer eigenen Stiftung.